

## Zur Anwendbarkeit verbraucherrechtlicher Vorschriften im Arbeitsverhältnis

Ein Beitrag zur Methode der Rechtsfindung unter Berücksichtigung der vertragstheoretischen Einordnung  
von Verbraucher- und Arbeitsrecht

Bearbeitet von  
Markus Janko

1. Auflage 2011. Taschenbuch. 371 S. Paperback

ISBN 978 3 631 60139 6

Format (B x L): 14 x 21 cm

Gewicht: 490 g

Recht > Arbeitsrecht > Arbeitsvertrag, Kündigungsschutz, Mutterschutz,  
Personalwesen

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis .....	15
Einführung in die Problemstellung .....	59
A. Bedeutung des Verbraucherrechts für das Arbeitsrecht.....	60
I. „Ist der Arbeitnehmer Verbraucher?“.....	60
II. Die Relevanz der Fragestellung für die Rechtsanwendung .....	62
III. Die Defizite der bisherigen Deutungen von § 13 BGB .....	64
1. Fehlleitung durch Diskussion über einen „relativen Verbraucherbegriff“ .....	65
2. Die Defizite der „absoluten“ Deutung des Verbraucherbegriffs.....	66
3. Die Defizite in der Rechtsprechung des BAG .....	67
IV. Die zivilrechtsdogmatische Dimension der Fragestellung .....	70
1. Von Sinzheimer zur Schuldrechtsreform .....	70
2. Renaissance einer arbeitsrechtlichen Grundsatzfrage .....	71
B. Ziel und Gang der Untersuchung.....	73
I. Ziel der Untersuchung .....	73
II. Arbeitshypothesen .....	74
1. Erste Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	74
2. Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	75
3. Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	75
4. Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	75
III. Gang der Untersuchung .....	76
Erster Teil: Die Bedeutung von § 13 BGB für die Rechtsfindung.....	79
A. Die Funktion von § 13 BGB bei der Rechtsfindung.....	79
I. Zur Verwendung des Begriffs „Funktion“ .....	79
II. Die Funktion des § 13 BGB verstanden als Geltungsanordnung.....	81
III. Die Funktion des § 13 BGB in methodischer Hinsicht.....	82
1. Die Steuerung von Begründungslasten durch § 13 BGB .....	82
2. Die Auswirkungen auf die Rechtsfindung .....	84
IV. Erste Folgerungen.....	85
1. Erste Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	86
2. Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	87

3. Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	88
4. Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	89
B. Der Tatbestand des § 13 BGB .....	89
I. Die den Verbraucherbegriff prägenden Tatbestandsmerkmale .....	89
1. Inkongruenz zwischen Verbraucherbegriff und daran anknüpfenden Normen? .....	89
2. Die Erfassung des Arbeitnehmers durch die den Verbraucher- begriff prägenden Tatbestandsmerkmale .....	91
a) Natürliche Person .....	91
b) Abschluss eines Rechtsgeschäfts.....	92
c) Negativ gefasste Tatbestandsmerkmale .....	95
II. Historische Auslegung.....	96
1. Rechtslage bis zur Integration des Verbraucherbegriffs in das BGB .....	97
2. Die Integration eines Verbraucherbegriffs in das BGB .....	98
a) Übernahme des begrifflichen Kerns aus § 24a AGBG in § 13 BGB .....	98
b) Deutung von § 13 BGB im Lichte des AGBG? .....	99
3. Schuldrechtsreform.....	102
a) Regelungen zum Verbrauchsgüterkauf .....	102
b) Integration der verbraucherrechtlichen Regelungen in das BGB.....	103
c) Aufhebung der arbeitsrechtlichen Bereichsausnahme und Anpassung des UKlaG daran .....	105
4. Spätere Gesetzgebungsverfahren .....	107
5. Zusammenfassung .....	108
III. Systematik .....	109
1. Das enge Bezugssystem .....	109
a) Der Allgemeine Teil des BGB .....	109
b) Abschnitt „natürliche Personen“ .....	110
2. Das weite Bezugssystem.....	112
a) Einschränkende Lesart des Verbraucherbegriffs? .....	112
aa) Das Gegenüber von § 310 Abs. 3 BGB und § 310 Abs. 4 BGB.....	112
bb) Das Verbraucherdarlehensrecht .....	114
cc) § 288 BGB .....	118
b) Zusammenfassung.....	120
3. Gemeinschaftskonforme Auslegung von § 13 BGB? .....	120
a) Überblick über gemeinschaftsrechtliche Kodifikationen eines Verbraucherbegriffs .....	121

b)	Verstoß gegen den Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung?.....	124
c)	Unzulässige Einengung europäischen Verbraucherrechts durch nationalrechtliche Ausweitung des Verbraucherbegriffs auf unselbständig Beschäftigte?.....	127
C.	Zum Telos und Verständnis des § 13 BGB .....	131
I.	Die sozioökonomischen Bedeutungsgehalte der Begriffe „Verbraucher“ und „Arbeitnehmer“ .....	131
1.	Nachfragerposition des Verbrauchers vs. Anbieterposition des Arbeitnehmers.....	133
2.	Verbraucherrecht als Vermögensschutzrecht?.....	134
3.	Die Abstraktion durch das Verbraucherrecht vom ökonomischen Verständnis des Verhältnisses von Konsum und Arbeit .....	135
4.	Der Vermögenswert von Arbeitskraft – Bedenken gegen die These vom Verbraucherrecht als Vermögensschutzrecht .....	136
5.	Die Irrelevanz des sozioökonomischen Rollenmodells für die Auslegung von verbraucherrechtlichen Tatbeständen .....	138
II.	Die Bedeutung des Verständnisses von Verbraucherrecht für die teleologische Auslegung.....	140
1.	Zur Schwierigkeit der Bestimmung der Teleologie von verbraucherrechtlichen Normen.....	143
2.	Der Einfluss des Verständnisses vom Verbraucherbegriff bei der Auslegung verbraucherrechtlicher Tatbestände .....	147
3.	§ 13 BGB als Ansatz für ein schutzorientiertes Auslegungsverständnis .....	150
4.	Der fehlende teleologische Kern von § 13 BGB.....	153
III.	Konsequenzen für das Verhältnis von Arbeits- und Verbraucherrecht.....	155
1.	Ausrichtung des Arbeitsrechts an einem verbraucherrechtlichen Schutzprinzip? .....	157
2.	Arbeitsvertragsrecht als Gegenstand des Verbraucherrechts? .....	158
3.	Konsequenzen für die Rechtsanwendung .....	161
D.	Zwischenergebnisse und weiterer Gedankengang .....	162
I.	Weitere Folgerungen zur Auslegung von § 13 BGB .....	162
1.	Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	162
2.	Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	163
3.	Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB .....	163
II.	Rückgriff auf die Regelungszwecke von Verbraucher- und Arbeitsrecht .....	163

Zweiter Teil: Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit im Arbeits- und Verbraucherrecht.....	165
A. Das Arbeits- und Verbraucherrecht als Gegenstand des BGB-Vertragsrechts.....	165
I. Das liberale Verständnis der Zivilrechtsordnung .....	165
1. Das Gleichheitspostulat .....	166
2. Privatautonomie und formale Vertragsfreiheit.....	168
II. Das Spannungsverhältnis des Arbeitsrechts zur freiheitlichen Zivilrechtsordnung .....	171
1. Die historischen und ökonomischen Grundlagen im Überblick .....	171
2. Die Reaktion der Rechtsordnung .....	174
III. Das Spannungsverhältnis des Verbraucherrechts zur freiheitlichen Zivilrechtsordnung .....	176
1. Entwicklungsphasen des Verbrauchervertragsrechts .....	177
a) Ist das Verbraucherrecht eine Fortentwicklung des Arbeitsrechts?.....	178
b) Pragmatisierungstendenzen.....	182
c) Die Konsolidierungsphase – Suche nach einer Dogmatik des Verbraucherrechts .....	185
2. Offene Fragen .....	187
B. Arbeits- und Verbraucherrecht als Gegenstand der Diskussion um den gerechten Vertrag .....	188
I. Formale Vertragsfreiheit als Ausgangspunkt .....	188
II. Nach welchen Maßstäben bestimmt sich ein gerechter Vertrag? .....	189
1. Vertragsgerechtigkeit als Ordnungswert?.....	190
a) Die Lehre von der Richtigkeitsgewähr.....	191
b) Das institutionelle Rechtsdenken und „Sozialisierung“ des Vertragsrechts .....	192
aa) Sozialstaatsprinzip als Gerechtigkeitsmaßstab?.....	193
bb) Die vom dialektischen Prozess ausgehende Gefahr für individuelle Freiheit .....	194
c) Die Ökonomisierung von Vertragsrecht.....	197
d) Zwingendes Recht als autonomieförderndes Instrument? .....	201
e) Die ordnungsrechtliche Prägung gemeinschaftsrechtlichen Verbraucherrechts .....	203
2. Vertragsgerechtigkeit als Individualwert .....	205
a) Das formale Selbstbestimmungsprinzip als Ausgangspunkt.....	207
b) Die Öffnung der formalen Selbstbestimmung auf materiale Aspekte hin .....	208
c) Orientierung an gesetzlichen Wertungen .....	209

d) Keine Änderung des gesetzlichen Leitbildes durch Verbraucherrecht .....	211
3. Die Schwierigkeit der Präzisierung und Operationalisierung im Übrigen .....	214
a) Positives Recht als Maßstab und Grenze einer materialen Betrachtung? .....	214
b) Die Unzulänglichkeit einer an der Parität ausgerichteten Grenzziehung .....	218
c) Das Fehldeutungspotential der Wendung „strukturell“ .....	220
aa) Keine „strukturelle Unterlegenheit“ des Verbrauchers .....	221
bb) Keine „intellektuelle Unterlegenheit“ des Verbrauchers .....	224
d) Keine „strukturelle Unterlegenheit“ von Verbrauchern und Arbeitnehmern.....	225
III. Freiheitsmaximierender Paternalismus.....	228
C. Zusammenfassung des „Zweiten Teils“ und Zwischenergebnisse .....	230
Dritter Teil: Die Kompensationszwecke und deren Schnittmengen im Arbeits- und Verbraucherrecht.....	
233	233
A. Die Kompensationszwecke des Arbeitsrechts .....	233
I. Die Kompensation des Freiheitsverzichts im Arbeitsrecht.....	233
1. Die ökonomische Komponente des Freiheitsverzichts .....	233
2. Die personale Komponente des Freiheitsverzichts .....	235
3. Der paternalistische Kern zwingenden Arbeitsrechts .....	237
II. Die Kompensation wirtschaftlich unterlegener Verhandlungsmacht des Arbeitnehmers .....	238
1. Ursache und Wirkung betreffende Einwände .....	241
a) Geringe Produktivität als Ursache eines Unterbietungs- wettbewerbs?.....	241
b) Veränderte Bedingungen im Tauschmechanismus?.....	242
c) Zu starke Modelllastigkeit des Unterlegenheitsparadigmas? .....	243
d) Veränderte soziale und wirtschaftliche Bedingungen? .....	244
2. Rechtliche Einwände .....	247
a) Ausgleich der wirtschaftlichen Unterlegenheit durch das Kollektivvertragswesen? .....	247
b) Typisiert angenommene Störung der Selbstbestimmungs- fähigkeit als Problemfeld .....	248
c) Rechtfertigungs-, Begrenzungs- und Steuerungs- möglichkeiten.....	249
B. Die Kompensationszwecke des Verbraucherrechts .....	252
I. Fehlende paternalistische Regelungszwecke im Verbraucherrecht .....	252

II. Zwingendes Verbraucherrecht als Indiz für wirtschaftliche Unterlegenheit? .....	254
III. Nichtunternehmerisches Agieren als Indiz für wirtschaftliche Unterlegenheit? .....	255
IV. Verbraucherrecht und rechtsgeschäftliche Kompetenz .....	258
1. Das gegenseitige Unternehmergehäuft als Ausgangspunkt .....	258
2. Spezifische Chancen- und Risikostruktur unternehmerischen Handelns .....	259
3. Die Chancen- und Risikostruktur beim rechtsgeschäftlichen Handeln Privater .....	261
4. Das Kompetenzgefälle beim rechtsgeschäftlichen Handeln zwischen Unternehmern und Verbrauchern .....	263
5. Schutz vor Nachlässigkeit als ordnungsrechtliches Element .....	266
V. Die Kompensation des rechtsgeschäftlichen Kompetenzgefälles .....	267
1. Vertragsgegenstandsbezogene Kompensation .....	269
2. Situationsbezogene Kompensation .....	270
a) Das Telos von § 312 BGB .....	271
aa) Die Offenheit des Tatbestandsmerkmals „entgeltliche Leistung“ .....	272
bb) Keine Beschränkung des Telos auf Direktvertriebsgeschäfte .....	273
cc) Keine Beschränkung des Telos auf Informationsasymmetrien .....	274
dd) Der teleologische Kern von § 312 BGB .....	275
b) § 312b BGB als weiteres Beispiel .....	278
VI. Die AGB-Kontrolle von Verbraucherverträgen .....	280
1. Die Legitimation der Angemessenheitskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	281
2. Die Besonderheiten von und deren Rechtfertigung bei Verbraucherverträgen .....	284
a) § 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB .....	285
b) § 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB .....	286
c) § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB .....	288
C. Schnittmengen der Kompensationszwecke .....	292
I. „Nichtunternehmertum“ als gemeinsamer Anknüpfungstatbestand im Arbeits- und Verbraucherrecht? .....	292
II. Relevanz der verbraucherrechtlichen Kompensationszwecke im Arbeitsverhältnis .....	294
1. Ausgleich von Kompetenzdefiziten als Gegenstand des Arbeitsrechts? .....	295

2. Informationsdefizite als Kernproblem unselbständiger Beschäftigung?.....	297
3. Bedeutung verbraucherrechtlichen Rationalitätsschutzes für das Arbeitsverhältnisses .....	298
a) Die Erfassung von arbeitsrechtlichen Beendigungsvereinbarungen durch den teleologischen Kern von § 312 BGB .....	300
b) Wertungswiderspruch zu arbeitsrechtlichen Kompensationszwecken? .....	302
III. Angemessenheitskontrolle nach § 307 ff. BGB als Schnittmenge?.....	304
1. Die Relevanz des (vertragstheoretischen) Verständnisses bei der Auslegung von § 310 Abs. 3 BGB.....	305
2. Paradigmenwechsel? .....	307
3. Die spezifischen Gründe für eine Inhaltskontrolle von Arbeitsverträgen.....	309
4. Die §§ 305 ff. BGB als ein Instrument der Inhaltskontrolle .....	312
5. Der Wertungswiderspruch zwischen § 310 Abs. 3 BGB und § 310 Abs. 4 BGB.....	315
IV. Zusammenfassung des „Dritten Teils“ .....	321
Vierter Teil: Schlussfolgerungen .....	323
A. Überprüfung der Arbeitshypothesen.....	323
I. Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB.....	323
II. Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB.....	326
III. Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB.....	327
B. Folgen für die Anwendbarkeit verbraucherrechtlicher Normen im Arbeitsverhältnis.....	328
I. § 288 Abs. 1 BGB .....	329
II. § 310 Abs. 3 BGB .....	330
1. Die Lösung über negative Auslegung von § 13 BGB.....	331
2. § 310 Abs. 4 BGB als lex specialis zu § 310 Abs. 3 BGB.....	331
III. § 312 BGB.....	334
1. Die Erfassung von arbeitsrechtlichen Beendigungsvereinbarungen durch § 312 BGB .....	335
a) Das Tatbestandsmerkmal „Vertrag“.....	335
b) Aufhebungsvertrag als Vertrag über „entgeltliche Leistung“? .....	336
c) Ist § 312 BGB auf die Aufhebung von Verträgen anwendbar?.....	337
aa) Fallbeispiel a).....	338
bb) Fallbeispiel b) .....	338

cc) Fallbeispiel c).....	339
d) Die übrigen Tatbestandsmerkmale des § 312 BGB.....	341
e) Ausschluss der tatbestandlichen Erfassung durch Systematik und Historie der Norm? .....	341
2. Einzelfallbezogene teleologische Reduktion des § 312 BGB .....	343
a) Die veränderte Begründungslast .....	344
b) Unzulässige Einschränkung der Parteiautonomie?.....	345
c) Das Problem der teleologischen Reduktion von typisierenden Tatbestandsmerkmalen .....	348
d) Modifikation der Begründungslast bei der Normanwendung durch negative Lesart von § 13 BGB .....	351
e) Ist das Widerrufsrecht im Arbeitsrecht systemfremd? .....	353
Zusammenfassung .....	357
A. Problemstellung .....	357
I. Untersuchungsgegenstand .....	357
II. Zivilrechtsdogmatische Dimension der Fragestellung.....	357
III. Arbeitshypothesen .....	358
B. Erster Teil .....	358
I. § 13 BGB als Aufgreifstatbestand des Verbraucherrechts .....	358
II. Die Funktion von § 13 BGB/Mangelnde Tragfähigkeit der ersten Auslegungsvariante .....	358
III. Der Tatbestand von § 13 BGB .....	359
IV. Bedeutung des (Vor-)Verständnisses für die Auslegung.....	359
V. Berücksichtigung der Grundlagen des Vertragsrechts bei der Auslegung von § 13 BGB.....	360
C. Zweiter Teil .....	361
I. Arbeits- und Verbraucherrecht im Spannungsverhältnis zur formalen Vertragsfreiheit .....	361
II. Arbeits- und Verbraucherrecht als Gegenstand der Diskussion um Vertragsgerechtigkeit .....	362
III. Grenzen der Vertragsfreiheit .....	362
D. Dritter Teil .....	363
I. Paternalistischer Kern des Arbeitsrechts .....	363
II. Wirtschaftliche Unterlegenheit des Arbeitnehmers.....	364
III. Kompensationszwecke des Verbraucherrechts.....	365
1. Wirtschaftliche Unterlegenheit/Rechtspaternalismus? .....	365
2. Kompetenzgefälle .....	365
3. Situations- und vertragstypenbezogene Ausprägungen .....	366

IV. Schnittmengen der Kompensationszwecke .....	367
1. Überschneidungen in Randbereichen.....	367
2. Angemessenheitskontrolle als Ausprägung einer Schnittmenge? .....	367
E. Vierter Teil .....	369
I. Auslegung von § 13 BGB.....	369
1. Zweite und dritte Auslegungsvariante .....	369
2. Vierte Auslegungsvariante.....	369
II. Konsequenzen für die Anwendung von §§ 288, 310 Abs. 3, 312 BGB.....	370
1. § 288 BGB .....	370
2. § 310 Abs. 3 BGB.....	370
3. § 312 BGB .....	371